

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1914)
Heft: 1

Artikel: Pazifistische Rundschau
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-801763>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 23.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rück- und Ausblicke.

Hinter uns liegt ein Kriegsjahr mit all seinen Schrecken. All die betrübenden Erscheinungen, die von weitsichtigen Männern in den letzten Jahrzehnten in bezug auf die Kriegführung und ihre Opfer an Blut und Gut, auf die wirtschaftlichen Erschütterungen in ihrer weittragenden Wirkung und auf die «falsche Rechnung» der Kriegführenden selbst gemacht wurden, haben sich eingestellt. Die Zahl der Opfer an Menschenleben ist im Vergleich zu den Schlachten früherer Kriege nicht zurückgegangen, sondern hat sich ungeheuer gesteigert (348,000 Tote und Verwundete). Von einer Humanisierung des Krieges war keine Spur zu finden. Sanitätsdienst und Beachtung der internationalen Uebereinkommen betreffend Behandlung Verwundeter, Gefangener und Nichtkombattanter, sowie die Verpflegung der Truppen haben grossenteils versagt. Nichts war mehr heilig; weder Weiber, noch Kinder, noch Greise wurden geschont. Die Greuel der Verwüstung an materiellen Gütern haben jedes Mass überschritten. Schreckliche Seuchen dezimierten die Heere sowohl als die Bevölkerung in den durch den Krieg heimgesuchten Gegenden. Die eroberten 116,000 Quadratkilometer Land sind jeder mit zirka 52,000 Franken Kriegskosten bezahlt worden. Handel und Wandel in der ganzen Welt kamen ins Stocken, und noch lange wird wirtschaftliche Unsicherheit und Teuerung die Folge dieses Krieges sein. Und Hass und Rachgier lassen weder Sieger noch Besiegte zur Ruhe kommen, und die Beute umkreisen noch immer die Geier neuer nach Blut und Raub lechzender Gelüste. Die erschreckendste Folge aber des Brandes am Balkan sind die verdoppelten Rüstungen sämtlicher europäischer Staaten und die dadurch hervorgerufenen, fast unerschwinglichen Anforderungen an die finanzielle Kraft der Völker.

Wenn es so auf den ersten Blick auch scheinen möchte, als habe das blutige Schauspiel keinen abschreckenden Eindruck auf die nicht direkt beteiligten Nationen gemacht, so kann bei genauerer Beobachtung doch bemerkt werden, dass der Widerstand gegen das unsinnige System des Wettrüstens und die Abneigung gegen den Kriegsgeist überhaupt im Anwachsen begriffen sind. Nicht nur die grossen Volksmassen stehen allenthalben geschlossen den Gelüsten der Kriegsabenteurer entgegen, auch einsichtige Staatsmänner erheben warnend ihre Stimme, und kein Parlament der Welt hat nicht seine Mentore, die *unsere* Gedanken, die Lebensideen des Pazifismus, die auf Verständigung, Schiedsgericht, Organisation der Welt und Abrüstung hinzielen, immer wieder, immer lauter verkündigen.

Aber auch die heutige Entwicklung der Menschheit selbst drängt automatisch zur Gemeinsamkeitsarbeit. Ganz abgesehen von Unternehmungen, welche mehr oder weniger direkt unter dem Zeichen des Pazifismus im Jahre 1913 zustande gekommen sind, wie die Einweihung des Haager Palastes, der Friedenskongress, die Parlamentarierkonferenz zur Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich in Bern etc., sehen wir gar manche uns direkt nicht berührende Gebiete in den Kreis internationaler Regelung hineingezogen. Wir denken an die grosse Zahl internationaler Kongresse auf allen Gebieten menschlichen Wissens und menschlicher Kulturarbeit, die im vergangenen Jahre abgehalten wurden und die wir in unserer Zeitschrift registrieren durften. Sie alle führen die leitenden Geister verschiedenster Nationen zusammen und stärken das Gefühl einer geistigen-Verwandtschaft-aller-Menschen, einer Ver-

wandtschaft, die weit überlegen ist dem Rassen-, dem Nationalitätenbewusstsein. Diesem innern Wachstum der Menschenseelen gegenüber werden die hemmenden materiellen Gewalten, wie sie auch aus Kanonen- und Mörserschlünden donnern und brüllen, auf die Dauer nicht gewachsen sein, so dass wir — wenn auch nicht sorgenfrei ins neue Jahr — so doch zuversichtlich und hoffnungsfroh in die weitere Zukunft der Menschheit blicken dürfen. G.-C.

—o—

Pazifistische Rundschau.

In den Kreisen der Friedensfreunde neigte man allgemein zu der Ansicht, dass die *III. Haager Friedenskonferenz* voraussichtlich im Jahre 1915 stattfinden werde. Diese Annahme lässt sich indes — wie vorauszusehen war — nicht halten, indem die offiziellen diplomatischen Kreise angesichts des Standes der Vorarbeiten zur dritten Friedenskonferenz deren Abhaltung schon 1915 für unmöglich erachten und den Zusammentritt der Konferenz für 1917, ja erst 1918 ansagen. Vielen Friedensfreunden mag diese Nachricht eine grosse Enttäuschung bereiten und vielleicht gar als eine Niederlage der Friedensbewegung erscheinen. Eine solche Auffassung, sofern sie in pazifistischen Kreisen herrschen sollte, können wir keineswegs teilen, indem uns die Ansetzung einer dritten Friedenskonferenz auf später als 1915 nur als wünschenswert erscheint. Die Arbeit, welche von der Konferenz von 1907 geleistet wurde, ist eine solch umfangreiche und für die internationalen Beziehungen derart tiefgreifende und umwälzende, dass es Jahre braucht, bis sich diese neuen Völkerrechtsnormen in der Praxis völlig durchführen lassen, bis sie sich derart eingelebt haben, dass man auf ihnen weiterbauen kann. Und dann spricht gegen die Abhaltung einer Konferenz schon 1915 der Umstand, dass von 583 Unterzeichnungen der 15 Abkommen und Erklärungen bis heute — also nach *sechs* vollen Jahren! — noch nicht einmal die Hälfte ratifiziert worden sind. Wir denken, solange die einzelnen Staaten ihren Beitritt zu den Konventionen von 1907 noch nicht durch die Ratifikation rechtswirksam gemacht haben, hätte eine neue Konferenz keine Aussicht auf Erfolg, im Gegenteil bestünde die grosse Gefahr, dass dabei nichts weiter als ein paar liebliche, aber platonische Friedensschalmeien herauskämen, die geeignet wären, die Veranstaltung von solchen Konferenzen zu diskreditieren. Wofür wir Friedensfreunde in erster Linie arbeiten sollen, das ist nicht, neue Wünsche und Forderungen für eine dritte Konferenz aufzustellen — wenigstens vorläufig nicht — sondern in den einzelnen Staaten darauf zu dringen, und zwar nachhaltig darauf zu dringen, dass die 1907 abgeschlossenen Abkommen endlich von den Regierungen ratifiziert werden. Erst wenn das geschehen, können wir weiter sehen und weiter schreiten in der Ausgestaltung der internationalen Rechtsordnung. Geduld — ist ein erstes Erfordernis in der pazifistischen Bewegung. Man kann nicht schon wieder pflügen und säen, bevor die frühere Saat ausgereift und geerntet ist. Drum sollen wir auch nicht die möglichst baldige Einberufung einer neuen Friedenskonferenz fordern, bevor die Frucht der früheren ausgereift ist — wenn's an der Zeit ist, wird sie schon stattfinden, dafür ist gesorgt.

* * *

Bekanntlich werden demnächst die Vereinigten Staaten und England die Feier des 100 Jahre währenden Friedenszustandes zwischen den beiden Ländern festlich begehen. Aber auch im Norden Europas ist

es zwei Schwesternationen vergönnt, heuer dankbaren Herzens auf die Segnungen eines Jahrhunderts ohne Krieg zurückzuschauen: *Schweden* und *Norwegen* sind die beiden glücklichen Länder. Es ist noch nicht lange her, da drohte allerdings auch unter ihnen die Kriegesfurie zu wüten, damals, als sich 1905 Norwegen von der Union mit Schweden lostrennte. Indes behielten die kühle Erwägung und die Vernunft die Oberhand und durch das Abkommen zu Karlstadt vom 24. September 1905 wurde eine kriegerische Verwicklung ausgeschlossen und die friedliche Auflösung der Union gesichert. Um nun der Bedeutung eines dauernden Friedens, wie ihn die genannten Völker hundert Jahre zu geniessen das Glück hatten, besondern Nachdruck zu verleihen, wurde in beiden Ländern eine Sammlung veranstaltet, die etwa 20 000 Kronen eintrug, aus denen nun zur Feier des 100jährigen Friedens an der Grenze zwischen Norwegen und Schweden ein Friedensdenkmal errichtet werden soll. Der Gedanke eines solchen Friedensmonumentes ist nicht neu, bereits fand er einen sinnig-schönen Ausdruck in dem aus Kanonen gegossenen Kreuz hoch oben in den Anden als das Zeichen des Friedens und der Verständigung zwischen Chile und Argentinien, und andere mögen folgen. . . .

Die Anregung der amerikanischen Regierung, zum Abschluss von Schiedsverträgen von der Art, wie kürzlich einer zwischen den Vereinigten Staaten und San Salvador zustandegekommen, und deren hohe Bedeutung für die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten nicht zu verkennen ist, scheint auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein. Lassen wir indes Präsident Wilson selbst darüber berichten. In seiner am 3. Dez. im Kongresse verlesenen Botschaft sagte er nämlich u. a. wörtlich folgendes: «... Das Staatsdepartement hat im Prinzip die Zustimmung von nicht weniger als 31 Nationen, die $\frac{1}{5}$ der Bevölkerung der Welt repräsentieren, zur Verhandlung über Verträge gewonnen, kraft deren alle Meinungsverschiedenheiten über Fragen der Interessen oder der Politik, die durch die Diplomatie auf gewöhnlichem Wege nicht gelöst werden können, vor ein von den Parteien gewähltes Tribunal gebracht werden sollen, das sie öffentlich besprechen und über sie Bericht erstatten wird, bevor eine der Parteien sich über ihr weiteres Vorgehen schlüssig macht. Für die Entscheidung der Meinungsverschie-

denheiten zwischen den Vereinigten Staaten und andern Nationen ist nur ein Massstab möglich, der sich aus zwei Grundsätzen ergibt: unserer eigenen Ehre und den Verpflichtungen, die wir hinsichtlich des Friedens in der Welt haben.»

Wie wir vernehmen, sind die *Niederlande* bereits mit den Vereinigten Staaten zwecks Abschluss eines solchen Vertrages in Unterhandlungen getreten, ob schon, wie der holländische Minister des Aeussern meinte, die Holländer wohl nie mit Amerika in Konflikt geraten werden, und der Vertrag daher kaum praktische Bedeutung haben dürfte. Er hoffe aber, dass dieser Vertrag für die andern Länder ein gutes Beispiel darstelle und als Mustervertrag in andern Fällen benutzt werden könnte.

Dies gleiche gilt auch für die schweizerische Eidgenossenschaft, und deshalb sollten unsere Bundesbehörden veranlasst werden — eben um des «guten Beispiels» willen — gleichfalls mit den Vereinigten Staaten einen ähnlichen Vertrag abzuschliessen zu suchen.

* * *

Bemerkenswert ist auch die Erklärung, welche der bayrische Ministerpräsident in der Abgeordnetenkammer abgab bei Beantwortung einer Anfrage betr. die deutsche Militärvermehrung. Sie soll also gelautet haben: «In diesen Rüstungen muss Ruhe eintreten auf Jahre hinaus, denn das deutsche Volk ist nicht mehr instande, weiter solche Lasten auf sich zu nehmen.» Bei der massgebenden Stellung des zweitgrössten Bundesstaates im Reiche ist die Wichtigkeit dieser Worte keineswegs zu verkennen, indes hörte man diesen Ausspruch doch noch lieber vom preussischen Ministerpräsidenten, der bekanntlich gleichzeitig die Würde des Reichskanzlers bekleidet!

* * *

Ein Komitee, dem Bundesrat Müller, die Professoren Eugen Borel, W. Burckhardt, Eugen Huber, Max Huber, Nationalbankpräsident H. Kundert und Advokat Dr. James Valloton angehören, erliess die Einladung zu einer am 25. Januar in Bern stattfindenden Versammlung, welche über die Gründung einer *Schweizerischen Vereinigung für internationales Recht* verhandeln soll. Der Zweck der geplanten Vereinigung ist die Förderung der Teilnahme der Schweiz an der Ausbildung des internationalen Rechts (Völkerrecht, internationales Privatrecht, Weltrecht).

Das Friedensproblem.

Von *Ellen Key* *)

Jedes weltanschaffende Werk wird von Träumern begonnen. Ihre Prophezeiungen werden als Verbrechen oder als Torheiten verurteilt, bis sich ihr Gedanke so tief in das Bewusstsein der Menschen drängt, dass er sie mit der Macht eines Problems beherrscht, das gelöst werden muss.

Auch die Friedensbewegung hat diese Vorgeschichte.

Als ein *Shelley* — der Vorfahre all der Probleme, die für unsere Generation brennend geworden sind — im Morgengrauen des vorigen Jahrhunderts auch den Weltfrieden besang, wurde er als ein verbrecherischer Tor angesehen. Auch die beiden Amerikaner, welche im Jahre 1810, also vor ungefähr hundert Jahren, den ersten Friedensverein gründeten, wurden als grosse Narren behandelt. Denn dieser unscheinbare Anfang,

*) Wir entnehmen diesen interessanten Artikel, der in den folgenden Nummern fortgesetzt werden soll, dem in No. 21/22 des letzten Jahrgangs besprochenen Buche von Ellen Key „Die junge Generation“. Verlag von Georg Müller in München.

den Völkerfrieden auf Erden zu verwirklichen, eine Idee, der schon die Propheten Israels und die Philosophen der Antike ergeben waren, dieser Beginn wurde gerade in jenem Zeitpunkte ausgeführt, als der Glanz des Krieges durch Napoleon stärker denn je die Phantasie berauschte.

Vermochten diese Träumer den Umfang, den die Friedensbewegung jetzt nach einem Jahrhundert erhalten hat, auch nur ahnen? Ein Netz von Schiedsgerichten, Verträgen und Friedensvereinigungen umspannt den Erdball, ein Kongress nach dem andern versammelt sich, um die Friedensfrage zu behandeln. Man betrachtet sie nicht mehr als eine Torheit schwacher Hirne; nein, das Friedensproblem ist gegenwärtig eines der ernstesten Ziele der staatsrechtlichen und soziologischen Wissenschaft, eine der grossen Fragen der praktischen Politik. Die Friedensmöglichkeit hat die Grenze des utopischen Vorschlages überschritten, sie steht fest und sicher im Kreise des Erreichbaren.

Aber es ist weder die ältere Friedensbewegung, noch der neue Pazifismus, welcher am kräftigsten für den Frieden gearbeitet hat.

Wir glauben, es genüge an dieser Stelle diese kurze Notiz, um unsere schweizerischen Friedensfreunde zu veranlassen, dem Aufruf zahlreiche Folge zu leisten und der bedeutsamen Anregung ihre Sympathie und Unterstützung zu gewähren. K. W. Sch.

—o—

Militärwesen und Zeitbewusstsein.

Wer die Ereignisse der letzten Monate sorgfältig beobachtet hat, der muss zur Erkenntnis gekommen sein, dass in der ganzen Auffassung des heutigen Menschen etwas vorhanden ist, was sich mit dem überlieferten Militärgeist nicht mehr verträgt. Verwunderlich ist das nicht. Die alte romantische Auffassung, nach welcher jedes Volk sich als die Verkörperung eines besonderen Heldentypus vorkam, ist einer ruhigeren und nüchternen, aber auch gerechteren Einschätzung gewichen. Der Rasseninn, so sehr er auch da und dort noch künstlich gezüchtet wird, zieht sich zurück vor dem höheren Menschheitsbewusstsein. Das Herdengedöhl, der Kadavergehorsam, die Voraussetzung sind für das einheitliche Handeln militärischer Massen, sind erschwert worden durch erhöhte Bildung, Kritikfähigkeit und Selbstbewusstsein des modernen Menschen. Das zeigt sich allenthalben, und allein schon von diesen Erkenntnissen ausgehend, sollten die Regierungen in richtiger Würdigung des Zeitbewusstseins darauf hinarbeiten, Zustände anzubahnen, welche das Militärwesen in seinen heutigen Formen allmählich ablösen können.

Wir haben jüngst in der Schweiz auch ein kleines «Zabern» erlebt, das zwar nicht vor den Schranken eines Militärgerichts, aber doch vor der Bundesversammlung sein Nachspiel gefunden hat. Unser jetziger Bundespräsident hat in seiner Eigenschaft als Chef des Militärdepartements in geschickter Weise die Gegensätze auszugleichen gesucht. Schon in den Worten, die wir hier folgen lassen, findet sich manches angedeutet, was wir oben charakterisierten. Er sagte u. a.: «Die Disziplin setzt ein hierarchisches Verhältnis und die Respektierung dieses hierarchischen Verhältnisses als eine absolute Notwendigkeit voraus. Das ist bis zu einem gewissen Grade naturnotwendig, im Gegensatz zur reinen Demokratie, will aber nicht heissen, dass wir ein undemokratisches Heer in einem weiteren Sinne postulieren, vertreten oder beschönigen.

Die grosse Friedenspropaganda wurde von der gemeinsamen Arbeit der verschiedenen Nationen und dem Austausch der Werte ausgeführt, durch den idealen und materiellen Verkehr, welcher einen immer grösseren Zusammenhang, eine immer festere Interessengemeinschaft, eine immer grössere Abhängigkeit der Völker von einander geschaffen hat. Vor hundert Jahren konnte ein Krieg zwischen zwei Staaten ausbrechen; jetzt erfasst jeder Krieg den ganzen Erdball, denn die Völker sind unfreiwillig, aber unerlässlich derart zusammengewachsen, dass ein Krieg einen ersten Eingriff in die Existenz *Aller* bedeutet. Dieses Verhältnis hat einen akuten Kriegsausbruch vermindert, aber die anhaltenden Rüstungen bedeuten auch weiterhin den latenten Kriegszustand. Das wird auch ferner derart bleiben, bis das Volk seine Sicherheit in jener ökonomischen und politischen Organisation sucht, die allein die innerhalb der Nation und die zwischen den Völkern herrschende Anarchie aufhebt.

Die Friedensfreunde der älteren Schule gründeten ihre Friedenshoffnungen auf Schiedsgerichte, auf Abrüstungen, auf verweigerten Militärdienst usw. Aber

im Gegenteil, wir wollen auch ein Volksheer. Wir sehen aber das Kriterium für das Volksheer vor allem darin, dass es von den Sympathien, der Opferfreudigkeit und dem patriotischen Fühlen der grossen Mehrheit des Volkes getragen sei.»

Hierarchische Verhältnisse mögen gewiss unter Umständen die allein richtigen sein; die ganze Natur ist auf solchen aufgebaut. Wie lange aber der heutige Mensch sich der *militärischen* Hierarchie wird unterwerfen wollen und können, das bleibt abzuwarten. Das Vorgesetztenverhältnis ist hier eben doch oft ein recht künstliches und unnatürliches, denn nicht immer sind höherer militärischer Rang gleichbedeutend mit grösserer Bildung, höherer Würde, vorzüglicherer Moral und edlerer Weisheit. Und ganz richtig ist es, dass in unserer reinen Demokratie schneller als anderswo sich die Individualität aufbäumt gegen die im Militärdienste notwendigen Verhältnisse. Leider haben es die sozialistischen Führer bei den interessantesten Verhandlungen an der nötigen Sachlichkeit fehlen lassen. Man hatte das Gefühl, dass ihre Worte oft weniger von wirklichem Verständnis als von Parteileidenschaft diktiert wurden. Wer in unserem Heer als Soldat und als Offizier gedient hat, der weiss ganz genau, dass bei uns der beste Wille vorhanden ist, tüchtige Soldaten zu erziehen, dass aber von absichtlicher Schikane gegenüber den Untergebenen nicht die Rede sein kann. Wir möchten in diesem Punkte nicht missverstanden sein, wir anerkennen die Notwendigkeit unseres Militärs und die Notwendigkeit der militärischen Disziplin; aber wir erwarten, dass unsere Volksvertretung mit mehr gutem Willen, mit mehr Eifer und Nachdruck sich dem Studium und der Anbahnung solcher Verhältnisse hingibt, wie die neue Zeit, wie der Pazifismus sie fordern. Wir erwarten, dass der Bundesrat keine Gelegenheit versäume, im Verkehre mit andern Staaten auf diese Ziele hinarbeiten. Denn nicht nur bei uns, in der ganzen Welt zeigt sich dasselbe schiefe Bild in bezug auf modernes Denken und Empfinden gegenüber dem militärischen System. Sehr richtig hat Gobat bei jener Debatte auf die Aufgabe der Schweiz aufmerksam gemacht, indem er sagte:

«Die Schweiz sollte sich eine höhere Aufgabe stellen. Die kleinen Staaten sollten alles tun, um dem Rüstungswahnsinn entgegenzuarbeiten. Die Schweiz sollte es dahin bringen, dass die Grossstaaten wenigstens die Mittel zur Abhilfe diskutieren.» Allein, hier

nichts von all dem vermag den Frieden zu bringen, solange die erwähnte Anarchie besteht. Die Schiedsgerichte werden ausschliesslich in solchen Fällen angerufen werden, die — nach dem bekannten Vorbehalt — «Ehren- und Lebensfragen des Staates nicht berühren». Die Abrüstung des einzelnen Staates bedeutet, dass er sich freiwillig als Beute den Vollgerüsteten ausliefert. Die Massenverweigerung des Militärdienstes würde nur zur Folge haben, dass die Söldnerheere wiederkehren.

Deshalb glaubt der neuere Pazifismus, dass die Propaganda der Tat, die unfehlbar den Frieden beschleunigt, darin bestehe, dass man überall feste und verpflichtende internationale Institutionen fördert. Mit unabwiesbarer Notwendigkeit müssten diese schliesslich zu einer Art Staatenbund führen, welcher allein und wahrhaft den Kriegszustand beenden und den Frieden mit sich führen würde.

Dieser Staat der Staaten wird auch dann gebildet werden, wenn jede Friedensbewegung aufhört, denn er muss auf Grund der Tatsachen erstehen, jener Tatsachen, die immer mehr die Isolierung aufheben und